



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

am 24.01.2012

Anwesend

- Vorsitz

Herr Beck, Günter Bürgermeister

- Mitglieder

Frau Binz, Katharina
Herr Helm-Becker, Ansgar
Frau Hirsch, Hannelore
Herr Jessen, Jens Prof. em. Dr.
Herr Kinzelbach, Martin
Herr Koppius, Walter Stellvertretung für Herrn Hans, Urkundsperson
Frau Kracht, Martina Stellvertretung für Herrn Vicente
Frau Köbler-Gross, Sylvia Stellvertretung für Herrn Köbler
Herr Leinen, Felix Prof. Dr.
Frau Litzenburger, Andrea Dr.
Herr Schönig, Hannsgeorg
Frau Stenner, Ursula Stellvertretung für Frau Groden-Kranich, Ur-
kundsperson
Herr Tress, Peter Dr.

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Herr Dietz, David
Frau Groden-Kranich, Ursula
Herr Hans, Volker
Herr Köbler, MdL, Daniel
Herr Vicente, Miguel

- Schriftführung

Fehlisch, Harald

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 9

b) öffentlich

2. Nachbewilligung von Haushaltsmitteln
 - 2.1. Nachbewilligung von Haushaltsmitteln; hier: Beschaffung von Papier, Briefhüllen, Versandtaschen und Kuverts
 - 2.2. Maßnahme "Aktive Stadtzentren"
 - 2.3. Nachbewilligung von Haushaltsmitteln;
3. Rechnungsabschluss Haushaltsjahr 2008; hier: Ämter- und Sonderbudgets sowie Einzelhaushaltsstellen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts
4. Kindertagesstätte des Deutschen Roten Kreuzes, Reichsklarastraße 2 - 4, Mainz; Einrichtung von 2 Gruppen mit Plätzen für Zweijährige und Ganztagsplätzen
5. Satzungsangelegenheiten
 - 5.1. Erhebung von Grundsteuer in der Stadt Mainz
 - 5.2. Hundesteuersatzung
 - 5.3. Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Mainz
 - 5.4. Kulturabgabensatzung
6. Neufestsetzung der Verwaltungsgebühr bei Amtshandlungen im Rahmen der Rechtsverordnung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der Stadt Mainz (Baumfällanträge)
7. Berichtswesen/Finanzcontrolling(Berichtspflicht)
8. Wirtschaftliche Beteiligungen
9. Mitteilungen

c) nicht öffentlich

10. Stadtsanierung
11. Steuerangelegenheiten
 - 11.1. Gewerbesteuerangelegenheit
12. Wirtschaftliche Beteiligungen

13. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16:35 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt der Ausschuss mit der erforderlichen Mehrheit die Aufnahme des
TOP 2.3 Nachbewilligung von Haushaltsmitteln;
hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung i.H.v. insgesamt 210.250,04 € für das Projekt Mainzer Johannismacht 2012

Des Weiteren wird zu TOP 5.2 Hundesteuersatzung
der gemeinsame Änderungsantrag Nr. 0260/2012: Satzung zur Änderung über die Erhebung
von Hundesteuer in der Stadt Mainz von SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der FDP-Fraktion ausgelegt.

Zum weiteren Verfahren schlägt Herr Bürgermeister Beck außerdem vor, TOP 12 Wirtschaftliche Beteiligungen in den ersten nichtöffentlichen Teil vorzuziehen.

Einwendungen gegen die so geänderte Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Unter Hinweis auf die Beratungen im heutigen Stadtvorstand zu den Themen Stellenplan und Nachtragshaushaltssatzung teilt Herr Bürgermeister Beck mit, dass die Beratungen am Freitag, 27. Januar 2012, fortgesetzt werden.

Die Behandlung im Haupt- und Personalausschuss sowie im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen soll daher in einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse am Mittwoch, 01. Februar 2012 vor der Stadtratssitzung erfolgen.

Um den Ausschussmitgliedern das notwendige Zeitfenster zur Diskussion zu geben, schlägt Herr Bürgermeister Beck als Sitzungsbeginn 14:00 Uhr vor.

Die Ausschussmitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

Frau Dr. Litzenburger bittet unter TOP 9 - Mitteilungen um Informationen zum Thema Haushaltssperre.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil mit TOP 1 und dem vorgezogenen TOP 12.

öffentlich

Punkt 2 **Nachbewilligung von Haushaltsmitteln**

Punkt 2.1 **Nachbewilligung von Haushaltsmitteln;** **hier: Beschaffung von Papier, Briefhüllen, Versandtaschen und Ku-** **verts** **Vorlage: 0109/2012**

Herr Schöning möchte von der Verwaltung wissen, wie es zu dem ausgewiesenen Mehrbedarf kommt. Wenn das Hauptamt, wie in der Vorlage ausgeführt, stadtwweit in Vorlage tritt, müsste sich doch bei den einzelnen Ämtern eine Einsparung ergeben.

Frau Jadoul vom Hauptamt erläutert die Preisgestaltung hinsichtlich des Papierverbrauches und der Nutzung der Kopiergeräte der Firma Ricoh und betont dabei, das es sich um ein sehr komplexes Abrechnungssystem handelt.

Letztlich sei aber der Papierverbrauch grundsätzlich gestiegen.

Herr Bürgermeister Beck sieht in dem hohen Papierverbrauch auch ein Problem, das es zu lösen gilt. Er werde daher dieses Thema in Ältestenrat ansprechen.

Frau Stenner führt ergänzend dazu aus, dass ihr Beschlussvorlagen zum einen als Ausschussmitglied, zum anderen aber auch noch mal als Stadtratsmitglied zugehen.

Sie schlägt deshalb vor, bestimmte umfangreiche Unterlagen nur an die Fraktionen zu verteilen, wo sie dann von Stadtrats- bzw. Ausschussmitgliedern eingesehen werden können.

Herr Bürgermeister Beck gibt zu bedenken, dass es bei der Versendung der Einladung bzw. der Beschlussvorgaben gesetzliche Vorgaben gibt, die es zu beachten gilt.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt sodann mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 11.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat I/.

Punkt 2.2 **Maßnahme "Aktive Stadtzentren"** **hier: Durch Landeszuwendung gedeckte außerplanmäßige Mittel-** **bereitstellung für die Jahre 2011 und 2012 in Höhe von 120.000 € im** **Ergebnishaushalt; Teilhaushalt 61-Stadtplanungsamt** **Vorlage: 1985/2011**

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 14 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 19.12.2011, Amt/Aktz.: Dezernat VI/Dezernat VI/61.2/60.

Punkt 2.3 **Nachbewilligung von Haushaltsmitteln;**
hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung i.H.v. insgesamt
210.250,04 € für das Projekt Mainzer Johannisnacht 2012
Vorlage: 0199/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 14 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 18.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat II/20-Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport.

Punkt 3 **Rechnungsabschluss Haushaltsjahr 2008;**
hier: Ämter- und Sonderbudgets sowie Einzelhaushaltsstellen des
Verwaltungs- und Vermögenshaushalts
Vorlage: 0069/2012

Herr Schöning berichtet dem Ausschuss von den Beratungen zum Rechnungsabschluss 2008 im Rechnungsprüfungsausschuss. Es gab dabei keine weiteren Beanstandungen. Die in der Vorlage aufgeführten Budgetüberschreitungen sind im Wesentlichen buchungstechnisch bedingt.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt sodann einstimmig mit 14 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 09.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat II/20-Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport 20 21 02/08.

Punkt 4 **Kindertagesstätte des Deutschen Roten Kreuzes, Reichsklarastraße**
2 - 4, Mainz; Einrichtung von 2 Gruppen mit Plätzen für Zweijährige

und Ganztagsplätzen
Vorlage: 0013/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 14 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 19.12.2011, Amt/Aktz.: Dezernat IV/51 03 02 00.

Punkt 5 **Satzungsangelegenheiten**

Punkt 5.1 **Erhebung von Grundsteuer in der Stadt Mainz**
hier: Hebesatzänderung
Vorlage: 2112/2011

Herr Schöning kritisiert für die CDU-Fraktion die geplante Erhebung der Grundsteuer um 40%-Punkte, die den Bürger mit voller Wucht treffen werde. Die CDU-Fraktion werde daher gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Herr Helm-Becker entgegnet, dass von einer Wucht nicht die Rede sein könne. Vielmehr handele es sich um eine maßvolle Erhöhung, welche übrigens im Vergleich mit anderen Städten noch überschaubar ausfällt.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 23.11.2011, Amt/Aktz.: Dezernat II/20 – Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport.

Punkt 5.2 **Hundesteuersatzung**
hier: Erhebung von Hundesteuer in der Stadt Mainz
Vorlage: 2113/2011

Herr Koppius sieht in dem Änderungsantrag zur Hundesteuersatzung einen guten Kompromiss und ein Signal an den Bürger und empfiehlt daher den Änderungsantrag anzunehmen.

Frau Dr. Litzenburger führt aus, dass es unterschiedliche Modelle gibt, um einen Haushalt zu sanieren, wobei aber die Erhöhung der Hundesteuer nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht dazu gehöre. Man sollte daher zuerst im Hinblick auf die Steuergerechtigkeit den Versuch unternehmen, alle Hunde vollständig zu erfassen. Ferner bittet Frau Dr. Litzenburger um Auskunft, ob ein Austausch mit anderen Kommunen hinsichtlich der Erhebung und Kontrolle stattgefunden habe. So sollen zum Beispiel in Worms im Vergleich zu Mainz mehr Hunde angemeldet sein.

Die Punkte 4 und 5 des Änderungsantrages finden allerdings auch die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Herr Helm-Becker verweist darauf, dass in Worms andere Erhebungsmethoden zu Grunde liegen und somit keine Vergleichbarkeit gegeben ist.

Herr Schönig kritisiert, dass man nicht nachvollziehen könne, wie die ursprünglich angestrebte Mehreinnahme von 500.000 € bei nunmehr gesenkter Hundesteuer erzielt werden könne. Dieses Ziel könne bei verminderter Hundesteuer nicht mehr erreicht werden.

Bei der anschließenden Abstimmung stimmt der Ausschuss mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen der Vorlage unter Einbeziehung des Änderungsantrages dem Beschlussvorschlag zu, wobei die CDU-Fraktion den Punkten 4 und 5 des Änderungsantrages ebenfalls zustimmt.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 12.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat II/20-Amt für Finanzen und Beteiligungen und Sport sowie der Änderungsantrag 0260/2012 vom 24.01.2012.

Punkt 5.3 **Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Mainz**
hier: Änderung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: 2115/2011

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 14 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 24.11.2011, Amt/Aktz.: Dezernat II/20-Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport.

Punkt 5.4

Kulturabgabensatzung

hier: Erhebung einer Kulturabgabe für Übernachtungsgäste in der Stadt Mainz

Vorlage: 0034/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 12.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat II/20-Amt für Finanzen und Beteiligungen und Sport.

Herr Bürgermeister Beck dankt anschließend den Mitarbeitern der Steuerverwaltung, insbesondere Herrn Thiel, für die seit Dezember letzten Jahres geleistete Arbeit an den jeweiligen Beschlussvorlagen.

Punkt 6

Neufestsetzung der Verwaltungsgebühr bei Amtshandlungen im Rahmen der Rechtsverordnung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der Stadt Mainz (Baumfällanträge)

Vorlage: 0020/2012

Herr Schönig erklärt für die CDU-Fraktion, dass man die Vorlage ablehnen werde. Zur Begründung führt er an, dass man einem Bürger nur schwer vermitteln kann, dass er für das Fällen eines Baumes auf seinem Privatgrundstück eine Verwaltungsgebühr zu zahlen habe, währenddessen auf einem angrenzenden öffentlichen Grundstück unter Hinweis auf eine Waldnutzung Bäume gefällt werden, ohne dass hierfür eine Gebühr erhoben wird.

Herr Koppius entgegnet, dass dieses Beispiel die Baumschutzverordnung betrifft und das Thema im zuständigen Fachausschuss zu diskutieren ist.

Herr Helm-Becker weist darauf hin, dass man von der Verwaltung immer verlange, sie solle kostendeckend arbeiten. Das ist jetzt bei dieser Rechtsverordnung durch die Erhöhung der Verwaltungsgebühr umgesetzt worden.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt sodann mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 21.12.2011, Amt/Aktz.: Dezernat V/67 00 55/67 10 03.

Punkt 7 **Berichtswesen/Finanzcontrolling(Berichtspflicht)**

Unter Hinweis auf die bereits in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 06.12.2011 vorgetragene Darstellung zum Finanzcontrolling, erläutert Herr Kandel von der Finanzverwaltung den Ausschussmitgliedern unter Einbeziehung einer Power Point Präsentation nochmals die wichtigsten Eckpunkte des künftigen Finanzcontrollings.

Punkt 8 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 8.1 **Wirtschaftliche Beteiligungen:**
hier: Beteiligungsbericht 2011 - Band II
Vorlage: 0041/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt von dem Beteiligungsbericht 2011 – Band II bei einer Enthaltung Kenntnis.
Grundlage und Bestandteil der Kenntnisnahme ist die Vorlage der Verwaltung vom 03.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat II.

Punkt 8.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen:**
hier: Prüfungsbericht der Grundstückentwicklung Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz (AGEM) für das Wirtschaftsjahr 2009
Vorlage: 0103/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt den Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers Dr. Höflich über den Jahresabschluss 2009 zur Kenntnis und stimmt mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.
Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 11.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat III/86 00 31.

Punkt 8.3 **Wirtschaftliche Beteiligungen:**
hier: Wirtschaftsplan der Grundstücksentwicklung Mainz, Anstalt

des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz (AGEM) für das Wirtschaftsjahr 2010
Vorlage: 0104/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 11.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat III/86 05 15.

Punkt 8.4 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Wirtschaftsplan der Grundstücksentwicklung Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz (AGEM) für das Wirtschaftsjahr 2011
Vorlage: 0105/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 11.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat III/86 05 15.

Punkt 8.5 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Wirtschaftsplan der Grundstücksentwicklung Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz (AGEM) für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 0106/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 11.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat III/86 05 15.

Punkt 9 **Mitteilungen**

Unter Hinweis auf die Anfrage von Frau Dr. Litzenburger zur verfügbaren Haushaltssperre nimmt Herr Bürgermeister Beck zu der Thematik Stellung und weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass sich die Ausführung des Haushaltsplanes 2012 an den Vorgaben der ADD zu orientieren hat.

Die Vorgabe, den Jahresfehlbetrag um mindestens 8,91 Mio. zu entlasten, wird zum einen durch die Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B mit 2,85 Mio. € erreicht.

Die noch zu erbringende Einsparsumme von 6,06 Mio. € ergibt sich durch die jetzt verfügbare Haushaltssperre, die den jeweiligen Ämtern im Rahmen der Budgetverantwortlichkeit prozentual vorgegeben wird.

Herr Bürgermeister Beck weist ausdrücklich darauf hin, dass die ADD keine pauschalen Kürzungen anerkennt.

Herr Schönig kritisiert die Form der Haushaltssperre, da die Vorgabe an die Ämter trotzdem pauschal gefasst sei, egal ob der Wert nun beziffert oder prozentual dargestellt wird.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr

gez. Beck

.....

Vorsitz

gez. Fehlich

.....

Schriftführung

gez. Koppius

.....

Urkundsperson

gez. Stenner

.....

Urkundsperson